

Aarau, 07. November 2014

Herr  
Hansjörg Wittwer  
Herzbergstrasse 18  
5000 Aarau

## **Botschaft zur 2. Lesung der Leistungsanalyse / AFP 2015 - 2018**

Sehr geehrte Mitglieder des Grossen Rats  
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Gerne möchte Sie der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrerverband alv über die Gespräche und Verhandlungen zwischen dem Departement BKS und der Geschäftsleitung des alv in Kenntnis setzen, und damit die Art des Umgangs, den Regierungsrat und Departement mit den Verhandlungspartnern pflegen, aufzeigen.

### **Ausgangslage**

Im Rahmen von internen Gesprächen, die im November 2013 stattfanden, wiesen der Bildungsdirektor und die Führungsspitze des Departements die Verbände darauf hin, dass das Gesamtvolumen der Sparmassnahmen im Bildungsbereich von 30 Millionen Franken auch nach der zweiten Lesung erreicht werden müsse. Sie stellten aber auch in Aussicht, dass auf einzelne Sparmassnahmen verzichtet werden könnte, wenn die Verbände der Lehrpersonen, der Schulleitungen und der Schulpflegen alternative Sparmassnahmen aufzeigen würden.

### **Vorgeschlagene Alternativen**

Wie Sie dem Brief des alv vom 4. April an alle Mitglieder des Grossen Rats entnehmen können, haben die angesprochenen Verbände sowohl zuhanden von Departement und Regierung als auch zuhanden der Legislative verschiedene alternative Sparvorschläge eingebracht, die im AFP 2014 – 2017 noch nicht vorgesehen waren:

- > Dank einer Neuausrichtung des Inspektorats und der externen Evaluation können Ressourcen eingespart werden.
- > Folgende Projekte können reduziert oder verschoben werden. Teils kann auch ganz darauf verzichtet werden:
  - „Checks und Aufgabensammlungen“,
  - „Lehrplan 21“,
  - „Frühfranzösisch“
  - „Führungsstrukturen der Schule“
- > Den Vorschlag des Geschäftsführers des alv, den Lohnabzug für Lehrpersonen ohne genügende Ausbildung für obligatorisch zu erklären, nahm die Kommission an.
- > Die Einsparungen beim Globalbudget der Fachhochschule erweisen sich als erheblich höher, als dies bei der Leistungsanalyse ausgewiesen wird.

Die Verbände haben verschiedene dieser Sparvorschläge unterbreitet, obwohl sie die angesprochenen Projekte vom Inhalt her unterstützen. Das Abwägen von Vor- und Nachteilen hat sie jedoch dazu geführt, diese Sparmassnahmen anderen, für die Schule schädlicheren Einschnitten vorzuziehen.

### **Umgang mit den Vorschlägen**

Regierungsrat und Departement haben verschiedene Vorschläge aufgenommen und umgesetzt. Dies betrifft vor allem die Sparvorschläge bei externer Evaluation und Inspektorat und die Verschiebung der Projekte „Lehrplan 21“, „Frühfranzösisch“ und „Führungsstrukturen der Schule“.

Zusätzlich wurden im Bereich der Bildung weitere Sparmassnahmen in die Leistungsanalyse aufgenommen, die die vom Regierungsrat (Einschulungsklasse) zurückgezogenen oder vom Grossen Rat (Werkjahr) abgelehnten Vorschläge kompensieren sollen.

Als Affront gegenüber den finanzpolitisch kooperativen Verbänden muss jedoch die Tatsache angesehen werden, dass die nun von der Regierung übernommenen Vorschläge aus Bildungskreisen in der Zusammenstellung der Leistungsanalyse überhaupt nicht aufgeführt werden. Die Projektierungskredite für den Lehrplan 21 (4.32 Mio. Franken), für das Frühfranzösisch (4.6 Mio. Franken) und für die Führungsstrukturen (0.78 Mio. Franken), die im AFP 2014 – 2017 noch aufgeführt waren, sind im diesjährigen AFP nicht mehr enthalten, tauchen aber in der Zusammenstellung der Leistungsanalyse nicht auf. Auch die Einsparungen in der Grössenordnung von mindestens 20 Millionen Franken jährlich, die nach der Einführung des neuen Lehrplans, des Frühfranzösisch und der neuen Führungsstrukturen spätestens ab dem Planjahr 2018 angefallen wären, werden nicht ersichtlich. Zudem wurden die Einsparungen bei der Fachhochschule Nordwestschweiz nicht an den nun vorliegenden Leistungsauftrag angepasst, womit eine zusätzliche Einsparung von 5 bis 6 Millionen Franken pro Jahr unterschlagen wird.

Eine konstruktive Zusammenarbeit, die seitens der Verbände gewünscht wird, kann nur dann gelingen, wenn sich beide Seiten an die vereinbarten Spielregeln halten, was in diesem Fall ganz klar nicht geschehen ist. Der Sparbeitrag, den der Bildungsbereich nun insgesamt zu erbringen hat, liegt weit über den geforderten 30 Millionen Franken. Die Lehrpersonen, die Eltern und die Schülerinnen und Schüler werden so für das kooperative Verhalten der Verbände bestraft.

Sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte, die Verbände der Lehrpersonen, der Schulleitungen und der Schulpflegen bitten Sie, im Rahmen der Verhandlungen zum AFP 2015 – 2018 das dargestellte Vorgehen der Regierung nicht zu unterstützen und den Sparbeitrag, den die Bildung leisten muss, wieder zu reduzieren.

### **Anträge**

Folgende Anträge zu Sparmassnahmen im Entscheidungsbereich des Regierungsrats wurden von der Kommission für Bildung, Kultur und Sport gutgeheissen und stehen in der Plenumsdebatte zur Diskussion:

- > **Reduktion des Sparbeitrags für die Optimierung Steuerung Wahlfächer (310-11) auf die ursprünglich in der Leistungsanalyse vorgesehene Höhe von 0.65 Mio. Franken** (Erhöhung des Globalbudgets um 0.3 / 0.7 Mio. Franken).

Der Beitrag für die Frei- und Wahlfächer könnte pauschal an die einzelnen Schulen ausgerichtet werden, die dann über dessen Verwendung vor Ort entscheiden könnten. Mit dieser Entscheidung könnte ein unverantwortlicher Abbau bei der Begabungsförderung und der Vorbereitung auf die Berufswelt verhindert werden. Die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe hätten weiterhin die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten und ihr Wissen in den Gebieten zu vertiefen, die ihnen besonders liegen. Es müsste kein „Numerus clausus“ bei den Freifächern der Volksschule eingeführt werden.

> **Reduktion des Sparbeitrags für die Optimierung der Rahmenbedingungen Einschulungsklasse (310 – 22) auf die Hälfte des regierungsrätlichen Vorschlags (Erhöhung des Globalbudgets um 0.35 / 0.75 Mio. Franken).**

Nach der Ablehnung der vorgeschlagenen Streichung der Einschulungsklassen in der Vernehmlassung sollen nun die Rahmenbedingungen für die kleinsten Schulkinder mit Entwicklungsverzögerung in der Einschulungsklasse so verschlechtert werden, dass die Funktion dieser Klassen in Frage gestellt wird. Die Entwicklungen der Schulen vor Ort verliefen sehr unterschiedlich. Daher sind die Rahmenbedingungen für die Regelklassen ebenfalls unterschiedlich und nicht immer direkt vergleichbar. Wird die Massnahme wie vorgesehen umgesetzt, werden Gemeinden gezwungen, stärker integrativ zu arbeiten und dazu mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Indem an der Einschulungsklasse in Zukunft kein Vollpensum mehr möglich ist, werden zudem die Anstellungsbedingungen für die Lehrpersonen so verschlechtert, dass diese Stellen nicht mehr attraktiv sein werden.

> **Halbierung der Massnahme 315 – 12: „Reduktion des Pensenpools für den Sprachheilunterricht“ (Erhöhung des Globalbudgets um 0.2 / 0.5 Mio. Franken).**

Bereits heute bestehen in vielen Gemeinden lange Warteschlangen von Kindern, die auf einen Logopädie-Unterricht warten. Für diese Kinder verschlechtern sich die Aussichten auf eine positive Schulkarriere massiv. Auch hier gilt, dass eine Unterstützung so früh als möglich erfolgen muss, soll sie denn erfolgreich sein.

Zusätzlich bitten Sie die unterzeichnenden Verbände, auf die **Massnahme 310 – 14: „Ressourcierung Deutsch als Zweitsprache am Kindergarten neu staffeln“ (Erhöhung des Globalbudgets um 0.85 / 2 Mio. Franken)** zu verzichten. Kinder mit mangelnder Kenntnis der deutschen Sprache sollen möglichst schnell in die Lage versetzt werden, dem normalen Unterricht in der Klasse ohne Probleme zu folgen. Alle wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen, dass Investitionen in die Bildung der kleinen Kinder die effizienteste Förderung sind.

Auch mit dem Verzicht auf diese Sparmassnahmen können die vom Bildungsbereich geforderten Einsparungen von 30 Millionen Franken bei weitem erreicht werden, vorausgesetzt, dass die von den Verbänden vorgeschlagenen Alternativ-Vorschläge in die Berechnungen miteinbezogen werden. Entgegen den Aussagen der Regierung anlässlich der Medienkonferenz steigen die Ausgaben des Kantons für die Volksschule zwischen 2013 und 2018 nicht, wie im AFP 2015 -2018 klar festgehalten ist, und dies trotz der prognostizierten Teuerung und den steigenden Schülerzahlen.

Die Vereinigung aargauischer Schulpflegepräsidentinnen und –Präsidenten (VASP), der Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Kanton Aargau (VSLAG) und der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrer-Verband (alv) bedanken sich für eine ausgewogene Betrachtung von Finanz- und Bildungspolitik und würden sich darüber freuen, wenn Sie die beschriebenen Anliegen unterstützen würden.

Freundliche Grüsse

Präsidentin alv

Präsidentin VSLAG

Präsident VASP

Geschäftsführer alv



Elisabeth Abbassi



Beat Petermann



Franco Corsiglia



Manfred Dubach